

SYSTEMRELEVANT 195

Sebastian Dullien und Marco Herack gehen der Frage nach, was eine Kriegswirtschaft ist und was sie für die Wirtschaft bedeuten kann.

Marco Herack:

Heute ist Freitag, der 31. Mai 2024. Willkommen zur 195. Ausgabe von Systemrelevant. Wir werden uns heute über Kriegswirtschaft unterhalten und der Frage nachgehen, was das ist und was es bedeutet, also was es wirklich ist und wie man das zu verstehen hat. Und dazu begrüße ich recht herzlich Sebastian Dullien.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco!

Marco Herack:

Guten Morgen! Du bist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung.

Und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Mein Name ist Marco Herack und Kriegswirtschaft ist ein Thema. Das hatten wir schon mal im Podcast im Jahre 2022, als die Invasion Russlands in die Ukraine losging und diverse Diskussionen über Gas stattfanden. Und dann in der Folge auch über Kriegswirtschaft. Wir wollen das Ganze aber heute noch mal näher betrachten und das Wort auch ein bisschen versuchen zu verstehen und auch den Gedanken, der da drinsteckt, weil es doch jetzt wieder häufiger in der Debatte auftaucht. Zeit, vielleicht das Ganze noch mal etwas näher zu betrachten. Und Sebastian Vielleicht fangen wir da mal wirklich ganz, ganz, ganz, ganz vorne an: Kriegswirtschaft. Also ich verbinde damit in meinem Kopf so wirklich starke Eingriffe des Staates in die freie Wirtschaft. Aber vielleicht irre ich mich da. Also was genau bedeutet dieser Begriff?

Sebastian Dullien:

Ja, also üblicherweise versteht man darunter, wenn das Wirtschaftssystem oder die Wirtschaftsordnung so umgestaltet wird, dass man in großem Stil Ressourcen zur Kriegsführung bekommt. Es gibt wahrscheinlich nicht eine Definition, wo man sagt, ab dem Punkt ist es Kriegswirtschaft. Aber wenn man sich mal so größere Konflikte der Vergangenheit anguckt, dann ist ja oft ja fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung, zum Teil nach bestimmten Berechnungen manchmal mehr in einfach in den Krieg geflossen. Und das kriegt man normalerweise nicht mit normalen Mitteln hin, also nicht mit einer normalen Besteuerung. Und dass man einfach ein paar Waffen kauft, sondern da muss man wirklich massiv eingreifen, damit auch das eine Zeit lang einigermaßen funktioniert.

Und da gibt es verschiedene Art und Weisen, wie man das tut. Also Planwirtschaft, wenn die Krieg führen, dann wird halt die Produktion planwirtschaftlich umgestellt.

Ansonsten wird es oft in der Marktwirtschaft gemacht, dass man ganz massiv dann eingreift, ganz viele Preise reguliert, eventuell noch Dinge rationiert. Also im Zweiten Weltkrieg konnten die Menschen ja auch nicht einfach alles noch kaufen, sondern dann waren meinetwegen bestimmte Lebensmittel, waren rationiert und sind nur auf, je nachdem wie man es dann gemacht hat, irgendwelche Bezugsscheine oder so was abgegeben worden, damit eben mehr an Ressourcen für den Krieg zur Verfügung steht.

Und in den USA zum Beispiel sind dann auch die Zinsen reguliert worden. Also dann hat die Federal Reserve bestimmte Zinsen einfach niedrig gehalten, damit auch in einer solchen Situation es keine Probleme mit der Schuldentragfähigkeit gibt. Und das kann man dann natürlich nur machen, wenn man auch an anderen Teilen eben meinetwegen darauf achtet, dass Häuslebauer keinen Kredit mehr kriegen, weil sonst würden sie ja vielleicht den Beton weg kaufen, den eigentlich das Militär braucht. Also Kriegswirtschaft, um es kurz zu machen, ist halt eigentlich ein ganz massiver Eingriff in die Wirtschaftsstruktur, um einfach Krieg zu führen, dann.

Marco Herack:

Okay, also das heißt, wenn ich dann heute höre, dass jemand sagt: Ja, also wenn die Russen in der Ukraine gewinnen sollten oder stark voranschreiten, dann wird Deutschland sehr, sehr schnell 4 Prozent seines BIPs für Rüstung ausgeben, um sich im Fall der Fälle verteidigen zu können. Davon müsse man ausgehen. Dann würde das, nach dem was du gerade beschrieben hast, nicht als Kriegswirtschaft gelten, oder?

Sebastian Dullien:

Nee, das wird man eigentlich nicht als Kriegswirtschaft bezeichnen. Also jetzt mal das in Relation zu setzen. Es gibt ja durchaus Länder auf der Welt, die einen solchen Anteil ihres Bruttoinlandsproduktes für Rüstung ausgeben, also zum Beispiel Saudi-Arabien hat da so ein Institut, das heißt das SIPRI, und die machen immer eine Aufstellung und da gibt es so eine Tabelle, da kann man das auch sehr schön nachgucken. Saudi-Arabien gehört zu einem der Länder mit den höchsten Militärausgaben und die haben 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2023 für Rüstung ausgegeben und 2014 sogar 11 Prozent. Und das ist jetzt ein Land. Du weißt, das glaube ich besser als ich. Du kennst die Gegend besser, was dann auch durchaus bestimmte Dinge in Nachbarländern macht. Aber ich glaube, ich würde nicht so weit gehen und zu sagen, das ist jetzt schon eine Kriegswirtschaft.

Oder Polen hat jetzt 2023, die haben die Ausgaben hochgefahren, weil sie eben auch Angst hatten nach der Ukraine Invasion, die sind bei 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und wenn du nach Warschau fährst, das sieht eigentlich nicht anders aus, als es vor zwei Jahren ausgesehen hat. Das ist einfach noch nicht, wo man sagen würde, das ist jetzt eine Kriegswirtschaft. Übrigens auch die USA geben ja immer so irgendwo zwischen drei und 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Und auch das ist nun wirklich keine Kriegswirtschaft.

Marco Herack:

Also Saudi-Arabien ist tatsächlich ein sehr interessanter Fall, weil das Land ja gleichzeitig eine sehr große Transformation versucht, nämlich weg vom Öl. Sie versuchen natürlich einerseits möglichst lange möglichst viel Öl zu verkaufen, damit das Geld fließt, aber gleichzeitig versuchen sie auch eine Wirtschaft zu erzeugen und zu generieren, die Einnahmen unabhängig vom Öl bringt, weil sie genau wissen, dass das Ganze halt endlich ist. Ich glaube, Saudi-Arabien hat man für vieles im Kopf, aber gar nicht so sehr für Rüstungsausgaben, auch wenn die im BIP sehr hoch sind. Sondern eher für diese Megaprojekte, die da angekündigt worden sind und teilweise auch wieder eingestampft wurden, weil das Geld dann doch nicht so fließt, wie man dachte. Also der Ölpreis nicht so hoch ist. Aber ich glaube, daran sieht man schon, dass da sehr viel auch mit Wahrnehmung gespielt wird.

Sebastian Dullien:

Ja, ja klar. Diese Megaprojekte zeigen ja schon, dass für Saudi-Arabien trotz dieses hohen Anteil an Rüstungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, dass das offensichtlich nicht so ist, dass alles andere dem jetzt untergeordnet wird, sondern die verfolgen eben auch noch andere Dinge. Bei der Ukraine ist es zum Beispiel dann schon wieder ein bisschen was anderes. Die Ukraine hat jetzt nach diesen SIPRI Zahlen im vergangenen Jahr 37 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Krieg ausgegeben. Und bei der Ukraine würde ich auch sagen, wenn man sich da die Eingriffsintensität anguckt, das ist schon jetzt ein Land, wo Kriegswirtschaft betrieben wird, was ja auch verständlich ist.

Marco Herack:

Genau, weil es sich ja im Krieg befindet.

Sebastian Dullien:

Und zwar in einem existenziellen Krieg und nicht. Also die USA hat sich ja auch in den letzten Jahren, ich glaube, es gibt so eine Statistik, dass die sich eigentlich selten nicht im Krieg befunden hat. Wenn ich an Irak, Afghanistan usw. denke. Nur das war ja nie in der Art existenziell, wie es jetzt für die Ukraine ist. Und von daher war die USA auch da in dieser Zeit nie als Kriegswirtschaft zu bezeichnen.

Marco Herack:

Okay, also das ist ja dann doch schon ein starker Unterschied. Also wenn man sagt, auf der einen Seite starke Eingriffe in die Wirtschaft, Rationierung, Zuteilung, auch Steuerung der Wirtschaft und wir reden jetzt vielleicht darüber, dass in Deutschland vielleicht, wenn es hart auf hart kommt, mal 4 Prozent des BIPs für Rüstung ausgegeben werden. Also das heißt, da brauchen wir uns erst mal keine Sorgen machen. Auf der anderen Seite hat das aber natürlich doch einen Effekt, weil wenn der Staat mehr Geld für Rüstung ausgibt, dann muss dieses Geld ja irgendwo herkommen.

Sebastian Dullien:

Ja klar. Oder die Ressourcen dafür dann, wie das dann organisiert wird, ob man durch Preiskontrollen, durch Zinskontrollen zum Teil das macht. Also klar, es muss irgendwo herkommen. Und die Frage ist dann zunächst einmal, wie bei allen Staatsausgaben, finanzieren wir das durch Kürzungen woanders, Finanzieren wir das durch höhere Steuern oder finanzieren wir das über Kreditaufnahme? Und die zweite Frage ist dann, wenn die Wirtschaft mit vollen Kapazitäten arbeitet, wir praktisch Vollbeschäftigung haben und jetzt dann anfangen, einfach Rüstungsgüter zu kaufen. Hat das irgendwelche Konsequenzen für andere Teile der Wirtschaft? Wenn wir von dem knapp 1 Prozent an Rüstungsausgaben, die wir bislang hatten, auf vier gehen würden? Das ist schon ziemlich viel. Und das ist so im Grunde wahrscheinlich etwas, wenn man die Dinge alle im Inland produzieren lassen wollen würde. Dass wir dafür jetzt kurzfristig nicht die Arbeitskräfte haben, das könnte schon sein, dass das dann in bestimmten Bereichen, in anderen Bereichen, zu Knappheiten führt und zu höheren Preisen.

Da muss man natürlich für den deutschen Fall dazu sagen: Wenn Deutschland tatsächlich in dem Maße die Rüstungsausgaben erhöhen würde, wo ich jetzt noch nicht sicher bin, ob das passiert und auch nicht, ob das wirklich in der Form notwendig ist, dann würde ja auch nicht alles in Deutschland produziert. Also wenn man jetzt so liest, Diskussionen über Raketenabwehrschirme, da wird wahrscheinlich relativ viel aus anderen Ländern importiert, also zum Beispiel aus den USA oder aus Israel. Und das wiederum hat dann natürlich auf die inländischen Kapazitäten nicht so einen großen Einfluss, sondern es wird dann sich einfach in höheren Importen niederschlagen. Das wird unseren Leistungsbilanzüberschuss ein bisschen runterbringen, aber das würde jetzt nicht unbedingt im Inland zu Verschiebungen oder zu gar zu Inflation führen.

Marco Herack:

Also das Thema Beschäftigte in der Rüstungsindustrie kann man tatsächlich sagen, da könnte ein Engpass entstehen. Aber der Engpass, der würde ja im Grunde unsere grundsätzlichen Probleme auch nicht wirklich verändern, weil wir ja wissen, dass wir einen Fachkräftemangel haben oder potenziell haben werden in der Zukunft. Also das werden ja jetzt nicht 1 Million Leute mehr sein, die da in dieser Branche gebraucht werden. Ich habe die Rüstungsindustrie auch immer so als Branche im Kopf, die zwar sehr hohe Umsätze generiert, aber gar nicht mal so viele Leute beschäftigt.

Sebastian Dullien:

Die Rüstungsindustrie produziert zurzeit auch gar nicht so viel, wenn man sich das anguckt. Jetzt Panzerproduktion in Deutschland oder auch der Taurus, das sind ja auch Kleinserien, Das ist keine Massenproduktion. Es läuft anders als bei Volkswagen im Werk, wo der Golf gebaut wird. Das ist eher eine Manufaktur-Tätigkeit. Und natürlich brauchst du dafür nicht ganz so viel Personal. Die Frage ist natürlich schon, wenn du jetzt hingehen würdest und es macht ja auch eigentlich keinen Sinn, einfach das Ganze viermal zu machen und viermal in Kleinserie herzustellen, son-

dern eigentlich, wenn du jetzt wirklich in eine Kriegswirtschaft gehen müsstest, dann würdest du auch probieren, dass das da anders organisiert wird, also dass du da mehr Massenproduktion hast, und dann würdest du wahrscheinlich auch etwas mehr Personal brauchen.

Und dann ist es durchaus so, dass das schon auch einen Einfluss haben könnte auf den Arbeitsmarkt. Zumal, es werden ja noch andere Sachen diskutiert. Es wird ja diskutiert, dass man eventuell wieder eine Wehrpflicht einführt. Das hat natürlich schon Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wenn du alle jungen Männer, Frauen ist ja nach dem Grundgesetz nicht möglich zurzeit, wenn du die alle ein Jahr lang zu einem Zwangsdienst heranziehst, zum Wehrdienst heran ziehst, dann sind das natürlich Leute, die nicht woanders arbeiten können. Wenn sie es genauso schnell studieren wie bisher, oder ihre Ausbildung machen, kommen sie einfach ein Jahr später auf den Arbeitsmarkt. Und das kann natürlich schon sein, dass das dann in bestimmten Bereichen dazu führt, dass da dann Personal fehlt. Also ich rede jetzt gerade von, wenn du jetzt relativ schnell probieren würdest, von diesen knapp 1 Prozent auf 4 Prozent zu gehen und versuchen würdest auch das Personal bei der Bundeswehr aufzustocken.

Marco Herack:

Ich habe eine Zahl. Vielleicht einfach mal zum Vergleich: In der Rüstungsindustrie waren im Jahr 1990 290.000 Menschen beschäftigt, im Jahr 2002 waren es 80.000. Ich will das jetzt nicht als Wahrheit bezeichnen, aber es ist, glaube ich, ein Hinweis darauf, in welche Richtung das gehen kann, wenn wir jetzt wieder mehr in Rüstung investieren müssen. Also das sind halt einfach mal 210.000 Menschen mehr, die da in Beschäftigung sind. Auf der anderen Seite kann man natürlich auch Fachkräfte aus dem Ausland anwerben. Das will man dann vielleicht nicht, weil man gerade nicht sehr ausländerfreundlich ist. In Deutschland ist ja noch mal ein anderes Thema, aber es klingt jetzt erst mal nicht so, als ob wir da in große Nöte geraten, um es mal von der Seite heraufzuziehen.

Sebastian Dullien:

Ja und nein. Also ich meine, man muss das einfach mal, wenn man dann tatsächlich noch mal bei der Bundeswehr dran geht und sich die Stärke anguckt. Also ich habe jetzt keine Ahnung, was da geplant wäre, weil diese 4 Prozent sind ja irgendwo auch ein bisschen willkürlich aus der Luft gegriffen. Aber wir hatten einfach in den 1980er Jahren deutlich mehr Soldaten. Ich glaube, die Truppenstärke der Bundeswehr ist inzwischen bei 180.000 und wir hatten da in den 1980er 500.000 und die DDR hatte auch noch eine Armee. Das heißt, da hast du dann auch schon mal wieder eine halbe Million. Und wenn du jetzt deine Rüstungsindustrie noch mal vervierfacht, hast du da auch noch mal wieder eine halbe Million oder sowas. Das sind schon dann Mengen, wo man sagen würde, wenn das alles so in Deutschland produziert wird und wir sonst nichts ändern an unserer Wirtschaftsstruktur, dann könnte es schon auch irgendwo zu gewissen Engpässen führen.

Jetzt ist natürlich die Frage, dann sind wir wieder bei dieser Finanzierungsseite. Das kommt natürlich auch darauf an, wie du es finanzierst. Wenn du gleichzeitig die Steuern erhöht, dann haben die Leute ja weniger Geld, das woanders auszugeben. Dann kaufen sie sich vielleicht kein neues Auto und dann würden die in so einer Zeit auch dann vielleicht die Automobilkonzerne hier Beschäftigung abbauen und die Rüstungskonzerne würden die Leute einstellen. Das hängt dann halt auch mit der Finanzierung ab. Und weil wir das auch angesprochen haben, also dieser Anstieg von einem Prozent auf 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, rein hypothetisch bei den Rüstungsausgaben, das ist natürlich eine Größenordnung, die man jetzt nicht einfach ohne Anstieg der Schuldenquote über stärkere Verschuldung finanzieren könnte. Das ist zu viel. Wir reden ja jetzt tatsächlich dann von irgendwas in der Größenordnung, also fast 150 Milliarden Euro pro Jahr.

Marco Herack:

Und wir haben ja gelernt, bei den Investitionsbedarfen, da ging es um 1,5 Prozent. Das wäre gerade noch so verträglich für die Schuldenquote.

Sebastian Dullien:

Die 60 Milliarden. Wir haben gesagt, über zehn Jahre bräuchten wir für die Deutschen Investitionen, für die Infrastruktur bräuchten wir eben 600 Milliarden, das wären 60 Milliarden pro Jahr. Das ist ein bisschen weniger als 1,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes. Und da haben wir so Berechnungen gemacht, dass man das durchaus zusätzlich als Kredit aufnehmen könnte. Und ohne Wachstumseffekt würde man dann keine steigende Schuldenquote sehen. Das heißt aber im Umkehrschluss, das ist ungefähr an der Grenze dann, wo es dann steigen würde. Das heißt im Umkehrschluss, wenn ich da jetzt mehr als doppelt so viel als Kredit aufnehme, dann habe ich natürlich schon diese Frage: Was passiert da mit der Schuldenquote?

Ich meine, das kann man vielleicht trotzdem machen, wenn man es unbedingt wollen würde. Deutschland hat etwas mehr als 60 Prozent öffentliche Schulden zum Bruttoinlandsprodukt. Das ist wahrscheinlich nicht die Grenze. Also das wäre jetzt, auch wenn man das ein paar Jahre macht, auch wahrscheinlich kein großes Problem, da ein bisschen drüber zu gehen. Dauerhaft kann man das nicht tun ohne einen Anstieg der Schuldenquote. Und dann wird man vielleicht darüber reden, wie man das anderweitig finanziert. Und diese anderen Finanzierungsmechanismen, sei es Kürzungen woanders also auch wenn ich dann sage, ich kürze die Renten für mehr Rüstungsausgaben, ich lasse jetzt mal die ganzen rechtlichen Probleme dabei beiseite. Dann haben natürlich auch die Rentnerinnen und Rentner weniger Geld. Die würden auch weniger kaufen und das würde auch Arbeitskräfte freisetzen.

Marco Herack:

Also bei der Bundeswehr brauchen wir uns glaube ich, erst mal noch keine Sorgen machen. Da schwirren gerade so Zahlen rum wie 5 bis 10.000 Wehrdienstleistende,

die man da durch die ersten Maßnahmen am Anfang erzielen möchte. Das habe ich gerade noch mal nachgeguckt, aber das wird dann natürlich wahrscheinlich auch mehr werden in der Zukunft. Gerade wenn man dann sehen würde, es gäbe eine Notlage, wo man dann handeln muss. Aber es heißt im Grunde, was wir jetzt gerade besprochen haben, irgendwo muss das Geld herkommen. Und wir wissen ja beide, wir leben in Zeiten, in denen eine Schuldenbremse da ist, die recht stringent ist, selbst wenn man davon ausgeht, dass sie vielleicht reformiert wird in ein, zwei Jahren, muss man sagen, da sind Beschränkungen da. Und das Geld irgendwoher zu bekommen, heißt, man muss es einsparen. Das ist ja der logische Schluss. Entweder man erwirtschaftet es, also muss die deutsche Wirtschaft ganz stark wachsen. Das, glaube ich, wird zum Teil passieren, aber nicht gänzlich. Also man hat schon dieses Verteilungsproblem.

Sebastian Dullien:

Dann jetzt nehmen wir mal einfach erstmal an, dass das ein politisches Ziel ist, die Rüstungsausgaben, wie du geschrieben hast und wie ja einige Medien auch schreiben, auf 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und gleichzeitig das Ziel ist oder die politische Realität ist, dass man die Schuldenbremse nicht anfassen kann, dann muss das Geld logischerweise woanders herkommen.

Das muss also entweder durch Kürzungen woanders im Haushalt, übrigens zusätzlich zu dem, was jetzt im Haushaltsstreit schon nicht gelungen ist, oder eben durch Steuererhöhungen. Was anderes gibt es dann mathematisch ja einfach nicht. Die Ökonomen reden ja gerne von ‚Guns or Butter‘. Man hat die Auswahl eben gut zu essen oder sich Bomben und Kanonen zu kaufen. Und das wäre dann hier wirklich ganz konkret dieser Trade off auch für die Bevölkerung. Weniger Investitionen im Inland, weniger neue Schuldächer, weniger gute Schienen, weniger Autobahnen, weniger Bürgergeld. Wobei man diese Summen auch gar nicht, selbst wenn man das Bürgergeld ganz abschaffen würde und alle Entwicklungshilfe abschaffen würde, würdest du die Summen nicht zusammenkriegen. Oder eben doch nicht diese Aufrüstung.

Marco Herack:

Weniger Gehälter für Bundestagsabgeordnete. Können wir auch mal mit anfangen?

Sebastian Dullien:

Ich weiß. Ich weiß gar nicht, ob du da überhaupt einen Leopard 2A dafür kriegen würdest, wenn du das kürzt.

Marco Herack:

Es geht ja auch um die Symbolik.

Sebastian Dullien:

Ja, ich fürchte, also, wenn es wirklich um Krieg geht, geht es nicht um die Symbolik, Marco, sondern da geht es wirklich, glaube ich, um Ressourcen.

Marco Herack:

Ja, es ging ja erstmal nur um die Bedrohungslage. Ich habe ja das Thema, dass Krieg herrscht, habe ich ja ausgespart, weil ich glaube, selbst wenn er kommen sollte in der Zukunft, so schnell wird es dann doch nicht sein. Und da kriegen wir noch ein paar Warnsignale vorab und dann sind glaube ich eh ganz andere Diskussionen.

Sebastian Dullien:

Brauchen wir auch nicht hoffen.

Marco Herack:

Worauf ich ein bisschen hinauswollte, war: Wir kommen dann in so eine Schiene, wo man ja gerade, wenn man sagt, man möchte die Ukraine unterstützen oder man sieht für sich selber eine höhere Bedrohungslage, dass man dann ja einerseits die Unterstützung der Bevölkerung braucht, die ja sehr wichtig ist und gleichzeitig aber diese Ausgaben hochfahren muss. Und da kann man ja nicht einfach sagen, wir nehmen den Leuten jetzt alles weg, wir kürzen denen das Bürgergeld, wir kürzen denen die Rente und damit fahren wir die Rüstung hoch, weil: Sicherheit ist die Grundlage für alles. Und das ist auch nicht ganz falsch. Aber damit generiert man ja keine Unterstützung, sondern befördert nach allem, was wir wissen. Ich erinnere da gerne an die Austeritätszeiten, ja eigentlich eher die radikalen Kräfte.

Sebastian Dullien:

Ich glaube du hast da völlig recht und ich halte es für, wenn man die Ukraine unterstützen möchte... Das ist jetzt nicht meine Meinung als Ökonom, sondern meine Privatmeinung: Das finde ich richtig. Dann halte ich das für ein total falsches Signal, hier jetzt diesen Trade off aufzumachen. Der Bevölkerung zu sagen, das geht nur, wenn ihr woanders möglichst hart spart. Also zumindest wo es nicht notwendig ist. Wir haben ja schon darüber gesprochen. Deutschland kann sich an den Finanzmärkten Geld leihen. Das hier ist eine außergewöhnliche Situation. Wir würden ja nicht davon ausgehen, dass wir diese Art des Krieges in Europa jetzt für alle Ewigkeiten dauerhaft haben. Hoffentlich nicht. Das heißt, da könnte man es anders machen. Und wenn man das jetzt nicht anders macht, sondern stattdessen quasi absichtlich eine Haushaltsnotlage hochredet oder erzeugt, das halte ich nicht für produktiv.

Und wie du sagst, ich glaube, dass das am Ende die öffentliche Unterstützung für weitere Gelder für die Ukraine eher unterminiert. Ich weiß nicht, wer das gesehen hat. In der vergangenen Woche gab es dazu auch eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA. Die war zwar im Auftrag der BILD, aber trotzdem das Forschungsinstitut ist eigentlich relativ seriös und die haben gefragt: Wo sollte die Regierung Ihrer Ansicht nach sparen?

Ich meine, wir haben vorher schon drüber geredet, jetzt in dem Zusammenhang. Du wirst dich nicht wundern, dass die allermeisten Menschen der Meinung waren, man solle bei der Unterstützung der Ukraine sparen. Die allermeisten Menschen heißt

das ist der Posten, wo am meisten Menschen sparen wollten mit 40 Prozent. Mich hat das ein bisschen überrascht. Ich fand das ziemlich hoch, aber einfach mal, um so darüber nachzudenken, wie das im Verhältnis steht zu anderen Dingen, wo jetzt geredet wird, dass man da mal was sparen sollte. Also zum Beispiel Leistungen für Familien, da waren 8 Prozent dafür, also 1/5, da zu sparen. Bei den Renten waren 6 Prozent dafür, selbst bei Umwelt und Klimaschutz, wo ja viele sagen, das ist übertrieben. Oder was heißt viele, zumindest auf der populistischen Seite, bei der AfD, waren es nur 18 Prozent.

Ich glaube, dass das schon so ein bisschen illustriert, dass den Leuten am Ende vielleicht doch die Schlaglöcher in ihrer Straße, die Kinderbetreuung, das soziale Netz in Deutschland so wichtig sind, dass sie dann eher sagen: Na ja, vielleicht unterstützen wir die Ukraine doch ein bisschen weniger. Und wenn man das politisch möchte. Und eigentlich war meine Wahrnehmung immer, dass zum Beispiel die FDP politisch schon die Unterstützung der Ukraine möchte und nach vorne schiebt. Dann sollte man ganz bestimmt nicht diese Art des Trade offs dann noch mal zuspitzen und verschärfen.

Marco Herack:

Was sie aber teilweise tut.

Sebastian Dullien:

Genau was jetzt passiert.

Marco Herack:

Mich wundert nur, oder ich frage mich, ob das Ergebnis dieser Umfrage nicht auch eine Frage der Fragestellung ist. Weil wenn ich jemanden frage, willst du dein Haus saniert haben oder willst du da irgendwo Waffen hinliefern? Ich glaube, die meisten Leute würden da schon instinktiv sagen: Sanier mir das Haus. Also, weil das ja etwas unmittelbarer ist.

Sebastian Dullien:

Ich weiß jetzt nicht genau, wie genau die Bildzeitung das berichtet hat, wie die Fragestellung war. Also die haben behauptet oder die haben geschrieben, dass die Frage war: Also es gibt Haushaltsnotlage zurzeit, wo sollte die Regierung Ihrer Ansicht nach sparen? Mehrfachnennungen möglich. Das wiederum ist klar... dass der Trade off da bei den Leuten dahinter steckt, ist schon da. Aber dass da jetzt schon ein so großer Anteil für das Kürzen der Ukrainehilfe ist und wir noch gar nicht... Also wir haben ja noch gar nicht die Zumutungen aus dem Haushalt 2025 gesehen, die da kommen. Du magst ja schon recht haben. Wenn ich da jetzt andersrum gefragt hätte, wäre wahrscheinlich ein etwas anderes Ergebnis dabei herausgekommen. Aber das ist ja das, was ich gerade sage. Das Problem an der Debatte ist ja, wenn wir das über die Haushaltsdebatte führen, dann wird ja die Frage nicht danach gestellt: Was sind die Notwendigkeiten? Genau wie wir es auch beim Klimaschutz nicht machen, ist die Notwendigkeit jetzt, dass wir was für den Klimaschutz oder für

die Verteidigung tun, sondern es wird eben tatsächlich dieser Trade off in den Vordergrund geschoben. Der künstlich durch die Schuldenbremse, durch den Umgang von Christian Lindner als Finanzminister mit der Schuldenbremse und durch die Weigerung von CDU und FDP, die Schuldenbremse zu reformieren, geschaffen wird.

Marco Herack:

Und auch bei diesem Thema ist es ja wie bei allen anderen Themen, mit denen wir uns beschäftigen, sei es Transformation, Infrastruktur, Sonstiges. In dem Moment, wo man etwas nicht tut oder es unterlässt zu tun, also jetzt Aufrüstung der Bundeswehr, um sie wehrfähig zu machen. Wir reden ja noch nicht darüber, dass sie dann kriegsfähig ist, sondern sie ist ja erst mal nur wehrfähig und das wird auch ein paar Jahre dauern. Das Geld, was man heute dann nicht in die Hand nimmt, wird man dann natürlich in dem Moment, wo es dann wirklich brennt, umso schneller in die Hand nehmen müssen.

Das heißt, die Summen werden höher sein müssen. Es gibt dann natürlich physikalische Grenzen, weil so schnell kann man Rüstungsproduktion nicht hochfahren und Waffen produzieren. Das dauert teilweise allein die Produktion Monate, Jahre. Also da steht man ja vor sehr vielen, auch logistischen Problemen, die uns dann sehr, sehr viel kosten werden. Dieser Gesamtkomplex des Zuwartens und Unterlassens und dadurch eigentlich noch höhere Kosten produzieren.

Sebastian Dullien:

Ja klar. Also das ist ja so ein bisschen ein Vergleich zur Pandemie. Wenn du die FFP2 Masken, wenn du die heute kaufst, wo keiner sie haben möchte und wo sie nicht ganz schnell ganz viele davon brauchst, sind sie sehr günstig und zeitweise haben die Dinger 5 Euro das Stück gekostet. Als dann die Engpässe da waren. Und bei der Rüstungsindustrie ist es noch ein bisschen krasser. Ich habe ja eben davon geredet, dass das so eine Kleinserienfertigung ist. Also da bestellt dann die Bundeswehr oder beschafft oder bestellt über ihr Beschaffungswesen meinetwegen 100 Raketen, und dann fängt irgendein Unternehmen, eines der Rüstungsunternehmen, die suchen sich dann die Zulieferer und dann werden für diese 100 Raketen, werden dann dort die Teile gebaut. Das dauert erstmal, weil diese Lieferkette ist nicht da, weil die wussten ja nicht, ob die Raketen überhaupt bestellt werden. Das ist also wirklich was anderes als bei den großen Automobilkonzernen, die eigentlich Wertschöpfungsketten haben, wo die ganze Zeit produziert wird. Bei den Zulieferern fehlt dann vielleicht die eine oder andere Maschine, da fehlt das Personal. Aber das Interessante ist nach dieser kleinen Serie, wenn man dann erstmal wieder nicht bestellt, dann gehen vielleicht die Zulieferer ein oder orientieren sich auf was anderes um usw. Wie du richtig sagst. Wenn man dann jetzt fünf Jahre später hinkommt und sagt, man möchte gerne 100 Raketen nachbestellen, dann geht der ganze Prozess von vorne los. Und das ist natürlich wahnsinnig teuer und aufwendig. Und genau wie du sagst, da wäre es wesentlich günstiger, wie bei vielen anderen Dingen, wenn man kontinuierlich ein vernünftiges Niveau da haben würde. Also wenn du sagst, wir

machen jetzt einen Vertrag, wo bitte jedes Jahr 50 Raketen bestellt werden und wir sagen euch, dass das so ist und bitte haltet die Wertschöpfungsketten aufrecht.

Marco Herack:

Bedeutet das nicht auch, dass eigentlich diese Begrifflichkeit der Friedensdividende, die wir jetzt sehr oft gehört haben, in den letzten Monaten, die wir angeblich hatten, in den letzten Jahrzehnten, dass die völlig fehlerhaft ist, weil man grundsätzlich davon ausgehen muss, man muss ein gewisses Maß an Sicherheit durch das Land selbst gewährleisten und kann das nicht auslagern an andere Länder usw. und so fort, sondern wenn man diese Rendite dann wirklich über die gesamte Zeit betrachtet, ist es halt so: Das, was wir früher nicht ausgegeben haben, geben wir jetzt vielleicht sogar mehr aus und dann ist es ein Verlust.

Sebastian Dullien:

Na, ganz so würde ich das nicht sehen. Also erstens, ich glaube, dass die Wahrnehmung in Europa auch eine andere war. Es gibt ja auch das Buch 'The End of History'. Die Wahrnehmung Anfang der 1990er Jahre war ja, dass wir diese Art der Blockkonfrontation wahrscheinlich nicht mehr sehen würden. Es gab eine Zeit, wo man den Eindruck hatte, vielleicht wird jetzt Russland doch demokratisch, also unter Jelzin. Das war alles keine perfekte Demokratie, aber es war zumindest ein Staat, wo du sagen könntest, na ja, also vielleicht ist das auf dem Weg dazu, doch irgendwann eine liberale Demokratie zu werden. Und liberale Demokratien führen eigentlich seltenst Krieg gegeneinander. Und dann wäre ja durchaus auch ein Gleichgewicht vorstellbar gewesen, wo man sagt ja, alle, auch Russland oder China, die geben alle jetzt weniger aus. Und wenn die alle auch nicht die Fähigkeit haben, wenn alle weniger ausgeben, weniger Militär haben, hat ja auch keiner richtig die Fähigkeit, den anderen anzugreifen. Dann muss ich das vielleicht auch nicht machen. Das war nicht völlig unsinnig und das ist auch eine Zeit lang wirklich so gewesen. Und da hat übrigens ja nicht nur der Westen, sondern auch die USA oder Russland, die haben ja auch ganz massiv davon profitiert von dieser Friedensdividende. Ich würde jetzt nicht sagen, dass das alles hinterher nachgeholt werden muss und dann wieder bezahlt werden muss, denn ich meine einfach, das ist ja jetzt schon sehr lange her. Also da sind fast 30 Jahre, wo wir weniger ausgegeben haben für die Rüstung, wo tatsächlich das, was das für eine Ressourcenverschwendung ist, also ich meine jetzt gegenüber einem Idealzustand der Welt, wo wir keine Kriege haben. Das da damals die ganzen jungen Menschen ein Jahr oder länger zur Bundeswehr oder zur Volksarmee mussten, das sind ja echt Ressourcen, Lebenszeitverschwendung, Lebensqualität, Verschwendung und auch bei den USA. Ich meine die USA hatten ja ebenso... Wie viel haben die eigentlich für Rüstung ausgegeben? In der Zeit von Reagan haben die zum Teil sechseinhalb Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben und die sind auf 3 Prozent runter zum Jahr 2001. Das ist richtig viel Geld. Möglicherweise hat das auch dazu beigetragen, dass die diesen sehr langen und schönen Boom in den 90er Jahren bis 2001 hatten. Ich würde dieses Konzept der Friedensdividende nicht ganz so schnell, wie du das jetzt

getan hast, in die Mülltonne hauen, sondern leider ist die Welt offensichtlich, wie wir jetzt gesehen haben, nicht so, dass das so funktioniert.

Marco Herack:

Ja, ich wollte auch vor allen Dingen darauf hinweisen, dass es natürlich so Grenzen gibt. Also 1 Prozent des BIPs ist dann vielleicht dann doch irgendwann definitiv zu wenig gewesen. Das andere ist aber, dass dann natürlich diese Dividendenrechnung nicht einfach gemacht werden kann. Ja, da waren die schönen Jahre, da haben wir ein tolles Wirtschaftswachstum gehabt, weil wir da mehr ausgeben konnten, sondern man muss ja dann schon auch die die schlechten Zeiten dann da mit reinrechnen, um die reale Dividende dann zu sehen. Und da ist die Rechnung dann vielleicht dann doch nicht mehr so gut, ne?

Was bedeutet das aus meiner Sicht, dass man da vielleicht eine Glättung auch künftig reinbringt in dieser Art von Ausgaben, in diese Sicherheitsausgaben und dann vielleicht. klar, weniger zum Verteilen, hat, aber für den Fall der Fälle dann halt doch besser aufgestellt ist.

Sebastian Dullien:

Ich glaube eine Sache sollte man bei der Rüstung genau auch wie bei ganz vielen anderen Politikfeldern besser beachten, was man oft nicht beachtet hat. Und das ist es, sich Optionen offen zu halten. Was wir jetzt gelernt haben, seit dem Ukrainekrieg, ist: Deutschland hat ja massiv umgestellt, wie sie das Militär organisiert haben. Das Militär hat ja gar nicht mehr die Aufgabe der Landesverteidigung gehabt, sondern es ging eigentlich darum, Einsätze irgendwo im Ausland zu machen. Die Folge ist, dass wir wirklich sehr wenig Munition hatten. Zum Beginn des Ukrainekrieges, also für die Landesverteidigung, hätte das ein paar Tage gereicht. Und als ich das gehört habe ich konnte es kaum glauben, dass die Bundeswehr offensichtlich auf ‚just-in-time‘-Munitionsbeschaffung umgestellt hatte. Also ‚just-in-time‘ ist ja das, was man in der Wirtschaft macht. Wenn du nicht genau weißt, wie viele Aufträge du kriegst und du, du bestellst dann die Teile so, die werden dann auch, um Lagerhaltung zu minimieren. Die werden dann halt so angeliefert: Morgens kommt der LKW und mittags und nachmittags werden die Sachen in die Autos eingebaut. Das war auch einer der Gründe, warum wir diese Lieferketten-Probleme bei Covid hatten. Als dann die Grenzen zu Italien dicht waren und irgendwelche Teile für die Autos aus Italien nicht mehr geliefert werden konnten, dann standen sofort die Fließbänder still. Was mich halt wirklich, als ich das gelernt habe, fasziniert oder geschockt hat, ist, dass man bei der Bundeswehr offensichtlich auch auf das gleiche Konzept umgestellt hat. Wenn du jetzt denkst, na ja, die Bundeswehr wird eh nie irgendwie zur Landesverteidigung aufgerufen, sondern das, was sie machen muss, ist vielleicht irgendwo in Afrika eine UN-Einsatztruppe oder sowas. Da kann es dann ja, vielleicht macht es dann Sinn, weil dann brauchst du dich um die Logistik nicht zu kümmern. Du hast irgendein Privatunternehmen und da bestellst die Munition und die wird direkt dahin geliefert. Ich weiß jetzt nicht, ob das so passiert, also so, oder

ob die dann direkt zur Bundeswehr geliefert wird und direkt da rübergeschickt worden wäre. Dann kann es sein, das ist irgendwie in Ordnung. Aber für die Landesverteidigung ist das natürlich überhaupt nicht geeignet. Und da ist, also auch, wenn man dann feststellt, dass bestimmte Munitionstypen einfach in Deutschland nicht mehr hergestellt werden, sondern auch in Brasilien oder in der Schweiz. Und dann kommt die Schweiz an und sagt: Na ja, aus Neutralitätsgründen können wir nicht in Kriegsgebiete liefern. Da ist, glaube ich, schon ziemlich viel schiefgelaufen. Und da muss man schon gucken, wie kann man solche Optionen im Inland behalten. Übrigens das gleiche mit Schulgebäuden. Also hier in Berlin haben sie ja ganz viele Schulgebäude abgerissen in den 2000er Jahren, weil sie eine Prognose hatten, dass die Berliner Bevölkerung schrumpft.

Marco Herack:

Kostet ja nur Geld, wenn das da rumsteht, ne?

Sebastian Dullien:

Genau. Da hat auch der Senat, die zentrale Berliner Regierung, Druck auf die Bezirke ausgeübt. Und da gab es irgendwie so implizite Strafzahlungen oder Strafen, wenn öffentliche Gebäude ungenutzt da waren, vorgehalten wurden, und dann haben natürlich die Bezirke gemacht, was man dann tut, die haben diese Schulen abgerissen oder verkauft oder was auch immer man da tut. Und das ist, was ich sage: Manchmal muss man, um Optionen offenzuhalten, vielleicht ein bisschen Geld in die Hand nehmen. Aber einfach, um hinterher doch wieder reagieren zu können. Denn die Dinge kommen oft nicht ganz so, wie man das so gerade über die längere Frist voraussagt oder prognostiziert.

Marco Herack:

Ja, Vorräte spielen da glaube ich, eine ganz wichtige Rolle, sei es nun bei Schulgebäuden. Bei medizinischem Schutzmaterial haben wir ja nach Covid aller Versprechen zum Trotz jetzt auch wieder nicht aufgebaut. Und das Interessante ist, glaube ich, im Ukrainekrieg jetzt auch zu sehen, dass Russland bis 2026 wahrscheinlich noch von alten eingelagerten Gerät profitieren kann. So lange wir das brauchen, bis das quasi abgerockt ist, wie der Gustav Gressel erzählt. Und die Bundeswehr hingegen hat, effizient wie wir Deutschen sind, alles, was er ausgemustert hat, weitestgehend auch verkauft. Das heißt, es wurde nicht eingelagert. Thema Optionen offenzuhalten. Sondern es wurde dann auch zu Geld gemacht.

Und ja, da zeigt sich das halt auch so eine grundsätzliche Resilienz halt nur durch Investitionen auch wieder möglich ist. Also ich glaube, das ist so ein durchziehendes Thema bei fast allen Themen, das uns beschäftigt, dass es halt ein gewisses Mindestmaß an Infrastruktur und Investitionen braucht, um im Krisenfall alle möglichen oder alle notwendigen Optionen zu haben. Egal, was es ist.

Sebastian Dullien:

Ich meine, andererseits muss man natürlich sagen, dass dieses Verhalten von Kapazitäten das wird natürlich den Politikerinnen und Politikern in der Öffentlichkeit in der Debatte dann oft auch um die Ohren gehauen, wenn es eben nicht dazu kommt, dass es benutzt wird. Also ich erinnere jetzt mal an Impfstoffe, die zu viel bestellt worden sind. Da gibt es richtig Ärger. Und stell dir jetzt vor, meinetwegen: Ja, also wahrscheinlich wird der Bundesrechnungshof dann auch sagen, wenn da keine Pandemie gekommen wäre und man Schutzkleidung vorgehalten hätte. Na, warum eigentlich? Und genauso mit dem Einlagern von alten Panzern. Wahrscheinlich hätte da auch irgendwann der Bundesrechnungshof gesagt: Na, was habt ihr denn da, die Lager, Was soll denn das?

Marco Herack:

Ja, aber da muss man den Bundesrechnungshof irgendwann auch mal sagen. Leute, das ist nicht eure Aufgabe, Resilienz zu kritisieren, sondern zu bewerten, ob sie notwendig ist und in welcher Größe. Und das ist, glaube ich, ein ganz fundamentales Problem in der deutschen Debatte auch.

Sebastian Dullien:

Ja klar, ich stimme dir da völlig zu. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass auch dieses vorsorgende Handeln auch für Politikerinnen und Politiker nicht ganz einfach ist.

Marco Herack:

Ich finde halt, sie müssten es auch mal durchfechten. Also sich auch mal hinstellen und sagen: Ja, wir machen das, weil wir glauben, dass wenn eine Pandemie kommt, wir diese Sachen brauchen. Ja, das kostet uns jetzt Geld. Aber so ist es halt. Wenn mal wieder eine Pandemie haben und nichts da ist, jammert ihr ja auch. Also bloß, es ist natürlich klar, dass wenn wir, um wieder zum Ausgang zu kommen, wenn wir natürlich immer nur Diskussionen im Sinne von Verteilungsdebatten führen, dann sind das natürlich ganz schwierige Diskussionen, weil in dem Moment heißt es ja immer: Ja, ich halte jetzt hier die Masken vor oder ich halte jetzt hier die Panzer vor. Aber das bedeutet natürlich, dass wir euch das Bürgergeld kürzen müssen oder nicht im Sinne der Inflation anpassen müssen. Und das sind aber Debatten, habe ich so das Gefühl, die so eine Gesellschaft auch ich will es jetzt nicht vergiften nennen, aber die so eine ganz unruhige Stimmung schaffen, auf der dann wiederum diese extremen Kräfte ja auch wachsen können.

Sebastian Dullien:

Ich stimme dir da zu. Nur eine kleine Ergänzung. Es gibt natürlich immer tatsächlich Grenzen. Man kann nicht alles haben.

Marco Herack:

Ja.

Sebastian Dullien:

Wir fänden wahrscheinlich auch alle, wenn wir alle ein bedingungsloses Grundeinkommen von 100.000 Euro im Jahr bekommen würden und trotzdem alles sonst so funktionieren würde, wie es wäre. Ich glaube, das fänden alle ganz gut. Ja, wenn das gehen würde. Aber es geht wahrscheinlich einfach von der Mathematik her nicht. Und das Problem an der aktuellen Debatte ist, dass man mit dieser Schuldenbremsen-Debatte und mit der Art, wie da jetzt umgegangen wird... Es wird ja eigentlich künstlich eine Budgetbeschränkung geschaffen, die ökonomisch gar nicht da ist. Und das finde ich halt so gefährlich, dass man eben in einem Bereich, wo man sich eigentlich anders erlauben könnte, jetzt so eine Kürzungsdebatte betreibt und da dann wichtige Dinge wie Resilienz, Investitionen, Vorsorge, aber dann möglicherweise auch Landesverteidigung hintenüber fällt.

Marco Herack:

Sebastian, wir haben jetzt sehr viel über Waffen geredet. Das ist ja immer so ein grundsätzlich unangenehmes Thema. Eigentlich will man die gar nicht haben. Ja, irgendwie sieht man aber so eine gewisse Notwendigkeit. Und ich denke, wir konnten herausstellen, dass es uns um eine gewisse Balance und vor allen Dingen das strukturelle Denken dahinter ging. Aber es ist ja schon so ein Thema, wo man sich nicht immer so ganz wohlfühlt. Weil im Grunde stehen ja auch immer Menschenleben auf dem Spiel. Und du hast es vorhin ja auch so schön gesagt. Es ist ja auch im Grunde eine riesige Ressourcenverschwendung, weil wenn wir in einer friedlichen Welt leben würden, dann müssten wir uns um sowas wirklich nicht kümmern.

Sebastian Dullien:

Ja, genau. Und ich hoffe, dass das auch übergekommen ist. Also mir wäre eine Welt lieber, wo wir eigentlich nichts ausgeben müssten für Verteidigung. Das wäre die beste aller Welten. Und ich finde es auch absurd, dass manchmal ohne genau zu gucken, was braucht man, gesagt wird: Da muss jetzt einfach ganz viel Geld rein und wir brauchen eine Wehrpflicht, am besten für alle. Und ich glaube, da entgleist die Debatte auch ein bisschen. Aber ich finde es schon wichtig, sich klarzumachen: Leider leben wir in der Welt, wo wir manchmal uns verteidigen müssen oder das Land verteidigen müssen. Und auch verteidigungsfähig sein müssen. Und was da die ökonomischen Rahmenbedingungen zu sind. Und dann muss man, glaube ich, aus meiner Sicht schon versuchen, das so zu tun, dass es möglichst verträglich für die Bevölkerung stattfindet und dass man da auch nicht zu viel tut, aber eben auch nicht zu wenig.

Marco Herack:

Und ich glaube, diese Debatte ist doch sehr stark am Köcheln im Hintergrund, auch wenn sie noch nicht so, so richtig lautstark geführt wird. Aber man liest immer wieder mal Artikel, immer wieder mal Hinweise. Und ich habe immer so ein bisschen das Gefühl, wenn man gar nicht drüber redet, dann explodiert das irgendwann so richtig. Deswegen finde ich, sollte man da immer lieber früher drüber reden als spä-

ter, bis dann irgendwo was hochgekocht ist oder eben eine Situation da ist, die wir nicht haben wollen.

Sebastian Dullien:

Nee, das sehe ich ganz genauso, Marco.

Marco Herack:

Also mit den schönen Worten machen wir jetzt Schluss.

Sebastian Dullien:

Gut. Dann allen noch eine gute Restwoche.

Marco Herack:

Sebastian Dullien Ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke, Marco.

Marco Herack:

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann sendet sie uns. Ihr könnt uns zum Beispiel auf X antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören, Euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss!